

Statistisches Bundesamt • 65180 Wiesbaden • Deutschland

Statistisches Bundesamt  
65180 Wiesbaden  
Deutschland

Per E-Mail an Herrn Martin de Mapec

Servicetelefon: +49 (0)611 / 75-2011  
[www.zensus2011.de/kontakt](http://www.zensus2011.de/kontakt)  
Geschäftszeichen: B3/31211100-P020

Wiesbaden, 25.05.2011  
Seitenanzahl: 3

Betreff: Offener Brief

Bezug: Ihre E-Mail vom 19. Mai 2011

Sehr geehrter Herr Mapec,

wir lehnen Ihre Unterstellungen und Vergleiche mit dem nationalsozialistischen Regime und der Stasi zutiefst ab. Trotzdem werden wir Ihren offenen Brief beantworten.

Was Ihre Kritik an der Erhebung des Merkmals Religion angeht, möchten wir zunächst folgendes richtig verstanden wissen: Die im Zensus 2011 in Deutschland erhobenen Merkmale sind durch eine EU-Verordnung vorgegeben. Für über den von der Europäischen Union geforderten Merkmalskatalog hinausgehende Merkmale ist der deutsche Gesetzgeber, d.h. der Deutsche Bundestag mit Zustimmung des Deutschen Bundesrates, zuständig. Darunter fallen die Frage zu Religion und die Frage mit freiwilliger Auskunftserteilung nach der Weltanschauung sowie die Erweiterung der Fragen zum Migrationshintergrund – deren Notwendigkeit Sie in Ihrem Brief ja ebenfalls bezweifeln.

Der Bundestagsdrucksache 16/12711 ist in Bezug auf das freiwillige Merkmal Glaubensbekenntnis zu entnehmen, dass es "die Erhebung von Daten zu sonstigen christlichen Glaubensgemeinschaften, insbesondere aber auch zu islamischen Glaubensrichtungen und anderen Weltreligionen" ermöglicht. "Die - wenn auch freiwillige - Erhebung ist wichtig für das Verständnis von Prozessen der Integration von Zuwanderern und ihrer Kinder."



Zentrale:  
Telefon: + 49 (0)611 / 75 (1)  
Telefax: + 49 (0)611 / 72 - 4000  
[www.destatis.de/kontakt/](http://www.destatis.de/kontakt/)  
[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Servicezeiten:  
Mo - Do: 8.00 - 17.00 Uhr  
Fr: 8.00 - 15.00 Uhr  
Informationsservice:  
Telefon: + 49 (0)611 / 75-2405  
Telefax: + 49 (0)611 / 75-3330

Postanschrift:  
65180 Wiesbaden, Deutschland  
Haus-/Lieferanschrift:  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden, Deutschland

Bankverbindungen:  
Bundeskasse Trier, Konto Nr.: 590 010 20  
Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken  
BLZ: 590 000 00  
Auslandszahlungen:  
BIC: MARKDEF1590  
IBAN: DE8159000000059001020

In derselben Bundestagsdrucksache begründen die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD die Aufnahme der Merkmale wie folgt: „Die Aufnahme des Merkmals der Religionszugehörigkeit, wie dies der Änderungsantrag vorsehe, sei nach den Vorgaben der EU zwar nicht erforderlich; man sei hier aber vielfachen Wünschen aus verschiedenen Religionsgemeinschaften und den Fraktionen gefolgt. [...] Auch die Erhebung zum Migrationshintergrund werde an die deutsche Situation angepasst, damit die großen Migrationswellen seit den späten 50er Jahren mit erfasst würden.“

Den vollständigen Text der Bundestagsdrucksache können Sie mit der Nummer 16/12711 unter <http://drucksachen.bundestag.de/> einsehen.

Dass Sie Ihre Wohnung anderen Personen überlassen, ohne Miete zu verlangen, ist – entgegen Ihrer Aussage – zum einen in den Fragen selbst und überdies auch in den Erläuterungen zu den einzelnen Fragen berücksichtigt, die dem Fragebogen anhängen:

Eine Wohnung gilt immer als vermietet, wenn der Eigentümer bzw. die Eigentümerin sie jemand anderem überlässt, unabhängig davon, ob Miete gezahlt wird oder ob es einen schriftlichen Mietvertrag gibt. In den Erläuterungen ist konkret beschrieben, dass "vermietet" auch "mietfrei" bedeutet.

Auch Ihre Aussagen, der Zensus habe nichts mit Planung zu tun und sei – wegen der Erhebung weiterer Daten über die reine Bevölkerungszahlen hinaus – keine Volkszählung, sondern eine Aushorchung der Wohnbevölkerung, ist so nicht haltbar: Es ist bei Volkszählungen wie dem Zensus 2011 international üblich, dass nicht nur die Einwohnerzahlen festgestellt, sondern auch Strukturdaten zur Bevölkerung erhoben werden. Der Zensus 2011 in Deutschland verfolgt somit zwei Ziele – zum einen die Feststellung der amtlichen Einwohnerzahlen Deutschlands und zum anderen den Gewinn von Informationen zum Wohnraum, zur Bildung und zum Erwerbsleben der Bevölkerung. Ob Länderfinanzausgleich, die Einteilung der Bundestagswahlkreise, die Stimmenverteilung der Bundesländer im Bundesrat oder die Sitze Deutschlands im Europaparlament – all das hängt von aktuellen Einwohnerzahlen ab.

Politische Entscheidungsträger benötigen für Ihre Planungen zudem genaue und aktuelle Strukturdaten. Die Basis hierfür bildet ein Zensus, der - als eine Art Inventur - in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden muss.

Hier ein Beispiel aus der letzten Volkszählung 1987 das zeigt, wie sehr die errechneten Daten von der Realität abweichen können: Weil die Datengrundlage damals auf eine Zählung im Jahr 1970 zurückging, musste die Zahl der Wohnungen deutlich korrigiert werden. Im früheren Bundesgebiet gab

Seite 3 / 3

es eine Million Wohnungen weniger als errechnet. Das sind mehr Wohnungen, als der gesamte Wohnungsbestand von Schleswig-Holstein im Jahre 1987 umfasste.

Was Ihre konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Infrastruktur in Deutschland angeht: Dies ist Sache der politischen Entscheidungsträger und sollte von Ihnen auch an diese herangetragen werden; die statistischen Ämter stellen eine verlässliche Datengrundlage zur Verfügung. Im Übrigen werden die Ergebnisse des Zensus öffentlich zugänglich sein. Damit bietet sich auch Ihnen die Möglichkeit, Ihre Vorschläge anhand der Zensusergebnisse zu untermauern beziehungsweise dank der tiefen Gliederung, die nur ein Zensus liefert, auch auf regionaler Ebene zu konkretisieren.

Wir hoffen, dass wir Ihnen weiterhelfen konnten und verbleiben mit freundlichen Grüßen,

im Auftrag

Daniela Schüngel